

Calmer Tagblatt

Nr. 143.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Belegungspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis 12.00 mit Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Donnerstag, 23. Juni 1921.

Belegungspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis 12.00 mit Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die englische Außenpolitik.

Die Reichskonferenz der Dominions.

London, 23. Juni. Auf der zweiten Sitzung der dritten Reichskonferenz wurden von den Vertretern der Dominions und Indiens Besprechungen über die Friedenspolitik des Reichs abgehalten. Der Premierminister Hughes setzte sich sehr scharf für eine Erneuerung des Bündnisses mit Japan ein. Er schlug vor, die Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich zu einer gemeinsamen Konferenz mit Großbritannien aufzufordern. Der südafrikanische Premierminister General Smuts erklärte, das einzige Ziel der britischen Politik müsse die Sicherung eines wirklichen Friedens für das Reich und die Welt sein. Die Politik Englands müsse ein Betrüben und möglich machen. Der Schwerpunkt, sagte Smuts, hat sich von der europäischen Bühne nach dem fernen Osten und nach der Südsee verschoben. Smuts mahnte daher zur Vorsicht und Zurückhaltung in kontinentalen Verpflichtungen und zur Vermeidung einer parteilichen Haltung in den Fragen des europäischen Kontinents. Der Premierminister von Neuseeland, Massey, erklärte, er sei nicht optimistisch genug, um zu glauben, daß dies der letzte Krieg gewesen sei, weshalb er hoffe, daß eine genügende Seestreitkraft zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen des Reichs beibehalten werde.

Indien verlangt volle Unabhängigkeit.

London, 21. Juni. Der Delegierte von Britisch-Indien, Sastry, äußerte sich bei der Reichskonferenz über die Sonderforderungen Indiens. Er schilderte insbesondere die unfreundliche Haltung von Australien und Kanada gegenüber Britisch-Indien. Indien verlange vollkommene Handlungsfreiheit gegenüber den übrigen Dominions und Aufhebung der Zölle bei der Einwanderung. Indien müsse seine eigene Flotte und sein eigenes unabhängiges Heer besitzen. Die indische Flotte müsse nur von indischen Eingeborenen besetzt sein. Im Falle eines Krieges würde es Indien selbstverständlich absehen, mit seiner Flotte Australien oder Kanada zu unterstützen.

Erneuerung des englisch-japanischen „Bündnisses“.

Newyork, 23. Juni. Die der Washingtoner Berichterstatter der „Associated Press“ erzählt, wird Japan noch vor Ende dieses Monats die amtliche Mitteilung zugehen, daß Großbritannien die Absicht habe, den englisch-japanischen Vertrag zu erneuern. In Newyork wurde erklärt, daß im Falle eines amerikanischen-japanischen Krieges Großbritannien nicht die Waffen gegen die Vereinigten Staaten ergreifen werde. — Also ist das Bündnis gegebenenfalls für Japan vollständig wertlos, worauf wir ja schon immer hingewiesen haben.

Zur auswärtigen Lage.

Eine Programmklärung des neuen österreichischen Ministerpräsidenten.

Wien, 23. Juni. Im Nationalrat führte der neue Bundeskanzler Schober u. a. aus, es werde das Bestreben der Regierung sein, das Vertrauen der Großmächte und die guten Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zu erhalten, ebenso die Pflege des Verhältnisses zum kaiserlichen Deutschen Reich. (Lebh. Beifall.)

Albanische Forderungen vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 21. April. (Havas.) Die albanische Abordnung hat dem Völkerbundsrat eine Denkschrift überreicht, in der die Räumung des albanischen Gebietes gefordert wird, ferner eine zweite Denkschrift, in der die griechischen Ansprüche widerlegt werden. Diese beiden Denkschriften erheben Einspruch gegen eine etwaige Verweisung der albanischen Frage an den Völkervertrag. Das albanische Volk würde eine Ablehnung des Völkerbundsrats als einen Verzicht auf seine Rechte betrachten, über die Wahrung des Friedens zu wachen, und würde sich gegebenenfalls an die Vollversammlung des Völkerbunds wenden. Es werde sich einer Zerstückung albanischer Gebiete nicht widersetzen. — Beim Völkerbundsrat sind die Albaner gerade am richtigen Orte mit ihren Forderungen.

Briand zur Lage.

Paris, 23. Juni. In der gestrigen Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten sprach sich Briand über die oberösterreichische Angelegenheit, die Lage im Orient, sowie über die Verhandlungen mit Deutschland aus. Bezüglich Oberschlesiens scheint schon jetzt sicher zu sein, daß der Oberste Rat nur über ein einmütiges Abkommen entscheiden werde, das die Interalliierte Kommission angenommen habe. Die augenblicklichen Kommissionen würden an Ort und Stelle verbleiben. Bezüglich des Orients scheint es wahrscheinlich, daß die Türken und die Griechen in Anbetracht der kritischen Lage, in die eine neue Offensive sie bringen könnte, die angebotene Vermittlung der Alliierten annehmen würden. Was die deutsch-französischen Verhandlungen anbetrifft, so sei es verfrüht, Ergebnisse vorauszusagen. Briand

verlangte alsdann die baldige Ratifizierung des Friedensvertrags von Trianon.

Die Vermittlungsaktion der Entente in der griechisch-türkischen Frage.

London, 23. Juni. Wie Reuters erzählt, ist in der Frage der Beilegung des türkisch-griechischen Konflikts noch keine Mitteilung an die Türkei gerichtet worden, da es als notwendig betrachtet werde, erst abzuwarten, welche Haltung die griechische Regierung zu dem Vermittlungsvorschlag der Alliierten einnehmen wird.

Die Auffassung Amerikas über

die Abrüstungsfrage.

Berlin, 22. Juni. Die „Times“ vernimmt aus Washington folgende Auffassung der Regierung Harding über die Abrüstungsfrage: 1. Man hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für günstig für eine Weltkonferenz über die Entwaffnungsfrage. 2. Die Tatsache, daß die Seestreitkräfte Englands, der Vereinigten Staaten und Japans die Vormacht haben, macht es technisch möglich und praktisch wünschenswert, daß man sich untereinander einigt. Das würde mehr als alles andere zur Sicherung des Weltfriedens beitragen. 3. Die Regierung ist dem Plan einer Einigung zwischen den drei Mächten über eine Einschränkung der Bewaffnung wohlgesinnt. 4. Man glaubt, daß keine Konferenz einberufen zu werden braucht, bis die betreffenden Mächte inoffiziell ihre Ansichten ausgetauscht haben.

Ausland.

Jahreshkonferenz der englischen Arbeiterpartei.

London, 22. Juni. Bei der Eröffnung der in Brighton stattfindenden 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der insgesamt 1000 Delegierte teilnahmen, die 4 257 000 Parteimitglieder vertreten, hielt der Vorsitzende, Cameron, eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Die Politik der Koalitionsregierung erzeuge, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel siehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische Regierung gemeinsam mit der französischen Regierung, der belgischen und italienischen versucht habe, einen militärischen Frieden abzuschließen, da die Regierungen sich versprochen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krämpfen machen solle. Die Bedingungen des Friedensvertrags seien Deutschland auferlegt worden, mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt. — Dann hielt der Sekretär des Verbandes der Arbeiter, Frank Hodges, eine Rede über den Kohlenstreik und kündigte an, daß sich die Bergleute vielleicht den unermesslichen Mächten, die sie umgeben, beugen müßten. Hodges sagte weiter, der Kampf könne nicht unbegrenzt weitergehen. Wenn alles vorbei sein würde, dann würden die Bergarbeiter nicht eher ruhen, bis diese Regierung zu Fall gebracht sei und bis sie politisch das erreicht hätten, was sie wirtschaftlich nicht hätten erreichen können.

Rückkehr des englischen Königspaars aus Irland.

London, 22. Juni. Der König eröffnete das irische Parlament in Belfast mit einer Rede, in der er sagte: Ich bete aus vollem Herzen, daß meine Reise nach Irland sich als der erste Schritt zur Beendigung des Zwistes erweisen möge. Ich fordere alle Iren auf, innezuhalten, die Hand zur Nachsicht und Veröhnung auszustrecken, zu vergeben, zu vergessen und sich zu einigen, um für das Land, das sie lieben, eine neue Epoche des Friedens, der Zufriedenheit und des guten Willens heraufzuführen.

Belfast, 23. Juni. Das britische Königspaar hat gestern die Rückreise nach London angetreten. — Das hat aber arg geprügelt.

U-Bootverkehr zwischen Amerika und Irland.

London, 23. Juni. Einer von der „Newyork Tribune“ veröffentlichten Meldung zufolge sollen zwei amerikanische U-Boote einen geregelten Passagierdienst zwischen den Vereinigten Staaten und Irland unterhalten.

Verurteilung deutscher Offiziere in Frankreich.

Paris, 22. Juni. Der deutsche Hauptmann Lehmann ist unter der Beschuldigung, die Archive eines Adolanten in Cirey fortgeführt zu haben, vom Kriegsgericht in Nancy zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, der Leutnant Gueb, weil er Wetzgung, das einem Lehrer in Beaumont gehörte, weggeführt haben soll, zu einem Jahr Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte in beiden Fällen in Abwesenheit der Angeklagten.

Verjüngung eines abgelieferten deutschen U-Boots in Frankreich.

Paris, 22. Juni. „Deuxie“ meldet aus Cherbourg, daß auf der dortigen Reede vor einigen Tagen das Unterseeboot „Deutschland“ verjüngt wurde, das Anfang 1919 an Frankreich

ausgeliefert worden war. — Es dürfte sich wohl um das bekannte Handels-U-Boot handeln, das im Kriege nach Amerika gefahren war.

Geheimnisvolles Verschwinden

dreier amerikanischer Schiffe?

Paris, 22. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat die Regierung eine Untersuchung über das geheimnisvolle Verschwinden dreier amerikanischer Schiffe im Atlantischen Ozean eingeleitet. Man neige zu der Annahme, daß die Mannschaften gemartert, ihre Schiffe nach Russland geleuert und sie den Bolschewisten ausgeliefert hätten. — Ob das nicht eine amerikanische Macho zu irgend einem politischen Zweck ist?

Zur Lage in Oberschlesien.

Verhandlungen über den Säuberungsplan.

Berlin, 22. Juni. Wie wir hören, haben zwischen General Henniker und General Höfer Verhandlungen stattgefunden. Von General Henniker ist ein neuer Säuberungsplan vorgelegt worden. Nach dem Plan sollen von der Stunde der Unterzeichnung an sich die Polen in 36 Stunden auf eine bestimmte Linie zurückziehen. Nach dem sich der deutsche Selbstschuß davon überzeugt hat, daß auch tatsächlich diese Linie von den Polen eingenommen ist, wird er bereit sein, die von General Henniker vorgeschlagene Linie einzunehmen. Wenn die Polen auf der ihnen vorgeschriebenen Linie stehen, sind für die Räumung des Gebietes sieben Tage vorgesehen. Gleichzeitig wird der deutsche Grenzschuß beginnen, das Gebiet seinerseits zu räumen, sodas also der Säuberungsplan binnen 8 Tagen durchgeführt sein würde.

Oppeln, 22. Juni. Die in Oppeln und Ober-Glogau stattgefundenen Besprechungen zwischen dem 12er-Ausschuß, General Höfer und den nach Oberschlesien entsandten Vertretern der Regierungsparteien ergaben Übereinstimmung in allen Punkten. Insbesondere wurde der letzte im Einverständnis mit dem 12er-Ausschuß gemachte Räumungsvorschlag General Höfers eingehend besprochen. Die Vertreter der Regierungsparteien erklärten ihr volles Einverständnis mit diesem Vorschlag. Sie erklärten in ihm die beste Garantie zur baldigen und reibungslosen Räumung Oberschlesiens.

Der Räumungsplan

von beiden Seiten angenommen?

Berlin, 23. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, haben die Verhandlungen zwischen General Höfer und General Henniker über den oberösterreichischen Räumungsplan völlige Übereinstimmung ergeben. Der englische Truppenkommandeur dürfte den vereinbarten Plan bereits gestern mit den Mitgliedern der Interalliierten Kommission beraten haben.

Eine zynische französische Antwort

auf den deutschen Protest.

Berlin, 22. Juni. In ihrer Antwortnote auf die deutsche Note vom 16. Juni über die Zustände in Oberschlesien erklärte die französische Regierung, sie habe die Ausschreitungen der polnischen Insurgenten von Anfang an verurteilt, könne aber das deutschseits gegebene Bild der Lage nicht als zutreffend anerkennen. Die Note weist auf die von der Interalliierten Kommission gemachten Anstrengungen zum Schutze von Leben und Eigentum hin, die schon oft von Erfolg gekrönt worden seien und bemerkt, daß die alliierten Regierungen Schritte unternommen haben, um die Freilassung der Geiseln zu erwirken und daß die polnische Regierung den Zustand nicht in dem Maße (1) unterstützt habe, wie deutschseits angenommen wird. Die deutsche Regierung habe ihre Beschwerden an die interalliierte Kommission zu richten. Die Haltung der deutschen Grenzschutzorganisation habe die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien erschwert. (1) Die Haltung beider (1) Parteien stelle eine Herausforderung der Kommission dar. Es komme vor allem darauf an, durch Taten die Autorität der Kommission wieder herzustellen. Die deutsche Regierung verfüge über hinreichende Machtmittel, um den General Höfer zu bewegen, sich den Anordnungen der interalliierten Behörden zu unterwerfen. Allein durch Unterwerfung aller unter die interalliierten Behörden könne die Ruhe in Oberschlesien wiederkehren. — Die französische Antwort stellt den Gipfel von Zynismus und Anmaßung dar, denn die Franzosen wissen natürlich wohl, daß nur sie an dem Ausbruch, Fortgang und der Verschleppung des Aufstands schuldig sind.

Die fortdauernden Gewalttaten der Polen.

Kattowitz, 22. Juni. Ueber die Zerstörungen, die die Aufständischen auf dem Bahnhof und in dem Ort Randzin angerichtet haben, während der Zeit, als sich die Stadt in ihrem Besitz befand, teilt ein Augenzeuge folgendes mit: Das „Hotel Bohé“ ist bis auf das letzte Einrichtungsstück ausgeplündert worden. Was die Insurgenten nicht

mitgeschleppt konnten, wurde hinstos vernichtet. In den Fremdenzimmern bedecken die Daunen der zerschlagenen Betten die Fußböden. Die Sofas sind mit Bajonetten und Messern aufgeschritten. Die eingemachten Fische wurden dazu verwendet, Tische, Wände und Bilder zu beschmierem. Sämtliche Stühle sind zerschlagen. Das Klavier und ein Musikapparat sind zu einem unförmigen Trümmerhaufen zusammengeschoben. In einem Spielwarengeschäft wurden sämtliche Waren aus dem Regal gestoben und zerschlagen. Im „Hotel Proste“ sieht es ebenso aus wie im „Hotel Bohl“. Im ganzen Haus wurde kein Einrichtungsgegenstand heil gelassen. Nach dem Abzug der Wanden haben die Inhaber der ausgeplünderten Wohnungen nur die notwendigsten Unterkunftsräume wieder herrichten lassen und im übrigen alles in dem Zustand gelassen, den die Polen angerichtet haben. Englische Offiziere, die am 17. 6. in Randzin waren, haben alle Besichtigungen bestritten.

Berlin, 22. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ sind an der Stadtgrenze von Gleiwitz zwei junge Deutsche von polnischen Insurgenten ermordet und mit Äxten furchtbar zugerichtet worden. In Schomberg wurden deutsche Bewohner mit Gummiknüppeln in furchtbarer Weise gemartert. — Nach einer weiteren Meldung des Blattes aus Gleiwitz wurden bei der Beerdigung des getöteten polnischen Stadtverordneten Uszcyt sämtliche Stadtverordneten gezwungen, durch eine von den Insurgenten gestellte Ehrenkompagnie mit voller Waffenausrüstung hindurchzumarschieren. Trotz des von den Franzosen erlassenen Verbots, Waffen zu tragen, ließen diese die Verhöhnung des Stadtkollegiums ruhig geschehen.

Gleiwitz, 22. Juni. Am 19. Juni zwischen 3 und 5 Uhr morgens fand in Petersdorf wieder eine lebhafte Schießerei statt. Es gab einige Tote und Verwundete. Die Insurgenten setzen ihre Umgruppierung fort. Polnische Wanden schießen an einzelnen Stellen in das deutsche besetzte Gebiet vor. In Biffel wurden die zwei Kompanien Haller-Soldaten durch einen starken Trupp polnischer Gendarmen verdrängt. Die Jahrgänge 1892 bis 1902 wurden aufgefordert, sich sofort zum Heeresdienst zu melden. In Ratibor fanden sich in den letzten Tagen aus den Dörfern rechts der Oder 500 neue Flüchtlinge ein. Die Lebensmittel sind in Ratibor sehr knapp geworden. Die Bahnlinie Ratibor—Randzin ist von Italienern besetzt. Ein Personenverkehr findet auf dieser Strecke zunächst nicht statt.

Wetzlar, 22. Juni. Hier kam es trotz der bekannten Drohung des Generals Le Comte Denis abermals zu Schießereien. Die Steuererhebung wird seitens der Insurgenten planmäßig durchgehört. Das alles geschieht unter den Augen des Generals Le Comte Denis, über dessen Drohung die Polen in richtiger Einschätzung ihrer Bedeutung kurzerhand zur Tagesordnung übergehen.

Berlin 23. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Rosenberg in Oberschlesien: Als kürzlich das Schloss Zeubowitz von den Polen geplündert wurde, befand sich Korzant zu Fuß in der Nähe des Schlosses. Er ließ sich von dem geraubten Silberzeug zwei schwere silberne Armleuchter in sein Auto hineintragen mit dem Bemerkens: „Was wollt Ihr denn damit?“ In Korbberg bei Wetzlar ist, dem „Berliner Lokalanz.“ zufolge, wiederum ein polnischer Insurgentenführer von seinen eigenen Leuten erschossen worden.

Interpellation im bayrischen Landtag.

Die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten.
München, 22. Juni. In der heutigen Vollziehung des Landtags beantwortete Ministerpräsident v. Kahr die Interpellationen der sozialistischen Parteien wegen der Ermordung des Abg. Gareis. Er gab im Namen der Regierung dem Abscheu über die Freveltat an Gareis Ausdruck und betonte, daß vor der endgültigen Aufklärung der Mord kein Recht dazu gegeben sei, den Mord als politischen Hinzustellen. Er dankte dem Teil der Arbeiterschaft, der sich von dem politischen Streik ferngehalten habe. Nationalistischen Chauvinismus werde die Regierung immer ablehnen und nie billigen. Wo Rechtmäßigkeiten zum Einschreiten gegen die Rechtsultra gegeben seien, sei stets eingegriffen worden. Der Ministerpräsident mahnte schließlich die Parteien, als erste Aufgabe die politische Erziehung und die höhere politische Kultur zu pflegen. Diese brauche man in erster Linie. Dann werde das gegenseitige Mißverständnis zwischen Nord und Süd, zwischen Reichspolitik und bayerischer Politik verschwinden. Die bayerische wirtschaftliche und soziale Struktur sei eine andere als im Reich und in gewissen politisch besonders einflussreichen Teilen des Reiches. Diese Verschiedenheit bedinge auch eine Verschiedenheit der Politik hier und dort, die sich praktisch darin ausdrücke, daß in Bayern immer eine im Grunde stärker nach rechts gerichtete Politik betrieben werde, als dies im Reich der Fall sei. Man müsse im Reich erkennen, daß kein anderer Volksstamm der nationalen Freiheit größere Opfer gebracht habe und fortwährend bringe als Bayern und man müsse sich namentlich in unklaren Kreisen helfen, Bayern mehr zuzumuten, als nach der Eigenart seiner Verhältnisse und nach den Zielen, die es unvermeidbar festhalten müsse, wenn es sich nicht als Staat ausgeben wolle, was es niemals tun werde, erträglich sei. Dank erwarten wir nicht für unsere Opfer, aber wir verlangen, daß uns das freudige Festhalten am Reich nicht schwerer gemacht wird, als unbedingt notwendig ist. Dieser grundsätzliche Wille muß ausgesprochen werden, wenn man ernstlich die innere Spähre verbessern will. Ministerpräsident v. Kahr schloß: Die Regierung richtet an alle die ernste Mahnung, mit ihr zusammen unter Zurückhaltung aller Sonderwünsche und aller Klaffen- und Parteizugehörigkeiten dem Ziel zuzustreben, das allein heute Begehrung hat, das Vaterland zu retten und der Not und dem Elend zu steuern, in das wir geraten sind. — Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von den bürgerlichen Parteien mit Zustimmungsbildungen, von der Linken mit Beifall aufgenommen. — Nach der Rede des Ministerpräsidenten trat das Haus in die Besprechung der Interpellationen ein, wobei namens der Koalitionsparteien der Abg. Stamm (D.D.P.) die Erklärung abgab, die den Abscheu über die Mordtat ausdrückt und hofft, daß die Beweggründe des Mordes aufgeklärt werden. — Hierauf ergriffen die Vertreter der Linken das Wort. Abg. Aldermann (Soz.) erklärte,

Antifische Bekannthaltungen.

Maul- und Klauenfische in Reugenloch, Ode. Heberberg, O.A. Nagold.
Für den Seuchenfall in Reugenloch wurde vom Oberamt Nagold folgendes angeordnet:
Sperrbezirk: die ganze Parzelle Reugenloch und die Gemeinde Fünfbrunn. Die Ein-, Aus- und Durchfähr durch den Sperrbezirk ist streng verboten.
Beobachtungsgebiet: dasselbe ist aufgehoben.
15 Km.-Umkreis: in denselben fallen vom Oberamtsbezirk Calw folgende Gemeinden: Nagelberg, Agenbach, Althalben, Hoffiett, Neu- und Albulach, Hornberg, Zwierenberg, Martinsmoos, Dreitenberg, Oberaltwangen, Schmiech, Oberhaugstett, Würzbach, Nötenbach, Emberg, Zabelstein, Leinach und Liebelsberg.
Calw, 21. Juni 1921. Oberamt: G. S.

An die Gemeindebehörden und Ortssteuerämter.

Freimachung von Postsendungen.
Nach einem Erlaß des Reichsmin. der Finanzen vom 16. Mai d. J. sind sämtliche Sendungen von Reichsfinanz- an Gemeindebehörden sowie andererseits von Gemeinde- an Reichsfinanzbehörden stets frei zu machen.
Die feldherge Liebung, wonach Postsendungen von Gemeindebehörden an die Finanzämter und Ortssteuerämter mit Porto belastet unter der Bezeichnung „portopflichtige Dienststücke“ versandt wurden, ist deshalb künftig nicht mehr zulässig.
Calw, — Hirsau, den 22. Juni 1921.
Oberamt: G. S. Finanzamt: Voelker.

Seine Partei sei von den Ausführungen des Ministerpräsidenten in keiner Weise befreit. Der Abg. Blumtritt (U.S.P.) führte aus, die Stimmung der Arbeiterschaft sei so, daß wenn noch ein Arbeiterführer befreit werde, dafür drei auf der anderen Seite daran glauben müßten. Der Kommunist Anderl bezeichnete den Mord als das erste sichtbare Zeichen bei den reaktionären Organisationen, daß sie dem System des Mordmordes huldigten. Zum Schluß sprach namens der Regierung Staatssekretär Schweyer und Justizminister Dr. Roth. — Damit war die Besprechung der Interpellationen zu Ende.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Juni. Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung erklärte sich Arbeitsminister Dr. Brauns bereit, die Interpellation des Zentrums über das Unglück auf der Zeche „Mont Cenis“ in den ersten Tagen der nächsten Woche zu beantworten, wenn die Untersuchung durch das preussische Handelsministerium abgeschlossen sei. Ferner erklärte er sich bereit, die Anregung des Abg. H. u. c. (Soz.), zu der amtlichen Untersuchung des Unglücks Arbeitervertreter hinzuzuziehen, dem preussischen Handelsminister weiterzugeben. Ohne Debatte wurde dann die Abgabe zur Reichsversicherungsordnung, das Gesetz über die Abwicklung der Kriessgesellschaften und das Fernsprechtariffgesetz betreffend den Ausschüssen überwiesen, sowie das Reichsmittelgesetz in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, die Gesamtabstimmung über das letztere jedoch vorläufig zurückgestellt, da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Abdann wurde der Gesetzentwurf über den Volksschulbesuch in zweiter und zugleich auch in dritter Lesung ohne wesentliche Debatte angenommen. Bei der nun folgenden namentlichen Abstimmung über das im Anschluß an die gestrige Debatteinterpellation von den Deutsch-Nationalen eingebrachte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Wirth stimmten Deutsch-Nationale und Kommunisten für den Antrag, die D.D.P. übte Stimmhaltung und die übrigen Parteien stimmten gegen den Antrag. Das Abstimmungsergebnis war folgendes: 210 Stimmen gegen den deutsch-nat. Antrag, 67 Stimmen dafür und 45 Stimmhaltungen. Darauf wurde das Mittelgesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gegen die Kommunisten und Unabhängigen angenommen. Annahme fand in zweiter und dritter Lesung ferner der Gesetzentwurf über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaus mit einer Entschlebung, wonach die Industrie entschädigt werden soll, ebenso in zweiter Beratung der Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzaufwächerspersonals in der Ausübungsfähigkeit unter Ablehnung sozialdemokratischer und unabhängiger Abwehrungsansätze. Bei der nun folgenden zweiten Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof wurde die Vorlage nach kurzer Debatte unter Ablehnung sämtlicher Anträge in der Ausschussfassung angenommen. Auch der Entwurf über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wurde in zweiter und dritter Lesung endgültig verabschiedet. Damit war die Tagesordnung erledigt, doch war das Haus damit einverstanden, daß der in Verbindung mit der Zentrumsinterpellation eingebrachte Antrag der Unabhängigen auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wegen der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Mont Cenis“ sofort verhandelt werde. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wünschten zwar eine baldige Aufklärung der Ursachen des Unglücks, hatten aber Bedenken gegen den Antrag und auch Vizelkanzler Bauer empfahl seine Zurückstellung, da die Regierung noch nicht zu ihm Stellung nehmen könne. Da der Antrag verfassungsmäßig jedoch nur der Unterstützung von einem Fünftel der Abgeordneten bedarf und die erforderliche Anzahl der Unterschriften sich gefunden hatte, so war, wie der Präsident mitteilte, die Einsetzung des Ausschusses beschlossen, der aus 14 Mitgliedern bestehen soll. — Morgen nachmittag 2 Uhr Wohnsteuergesetz und kleinere Vorlagen.

Die Steuerentwürfe zur Deckung der Ententforderungen.

Berlin, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats sprach der Reichskanzler Dr. Wirth über die Frage der Deckung der aus dem Ultimatum erwachsenen Verpflichtungen. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Deckung zu geben, schilderte der Reichskanzler die Gesetzentwürfe, die zur Zeit in Arbeit und zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Genannt wurden: die Zuckersteuer,

die Einziehung des Strohstoffmonopols, die Aenderung des Branntweinmonopols, die neue Körperschaftsteuer, die Rennwettsteuer, Beuchmittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabaksteuer, Eisensteuer und Mineralwassersteuer. Die Entwürfe wurden sämtlich vom Kabinett genehmigt. Geplant seien die Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuererhöhung und Kraftfahrzeugsteuer. Eine Erhöhung der Zölle namentlich auf Kaffee, Tee, Kakao und Getreideerzeugnisse sei vorgesehen. Besprochen werde zur Zeit die Frage der Erhebung der Kohlensteuer, deren wirtschaftliche Folgen eingehend vorher geprüft werden müßten. Der Reichskanzler sagte zu, am 29. ds. Mts. eine umfassende Darstellung der Pläne der Reichsregierung mit ausführlichem Zahlenmaterial zu geben, die dann der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Der Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Körperschaftsteuergesetzes wurde vom Reparationsausschuß dem Reichswirtschaftsrat nach längerer Erörterung überwiesen.

Deutschland.

Das Urteil im Prozeß Hölz.

Berlin, 22. Juni. Im Hölz-Prozeß kam es heute infolge einer Sachverständigenablehnung wieder zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Angeklagten und dem Vorsitzenden. Trotz Ermahnung des Vorsitzenden ließ Hölz sich nicht davon abhalten, sich in drohenden Nebensarten zu ergehen, so daß der Vorsitzende die Verhandlung für eine Stunde verlagerte und Hölz abführen ließ. Dabei brachte Hölz ein Hoch auf das revolutionäre Proletariat aus.

Berlin, 22. Juni. Nach zweistündigem Plaidoyer beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Hölz wegen Mordes, Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz, Hochverrats und einer ganzen Reihe anderer Verbrechen und Vergehens die Todesstrafe, lebenslängliches Zuchthaus und dauernden Verlust.

Berlin, 22. Juni. Nach etwa einstündiger Beratung konnte das Gericht gegen Hölz wegen Hochverrats in Latvia mit verurteilt und vollendetem Totschlag, wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen der übrigen zahlreichen Vergehen auf lebenslängliches Zuchthaus und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Hölz verließ den Saal unter dem Ruf: „Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache. Sie sind hier die Zuhälter der Justiz!“

Kommunistische Demonstrationen für Hölz.

Berlin, 23. Juni. Infolge des von dem Berliner Polizeipräsidenten erlassenen Verbots der für heute geplanten kommunistischen Versammlung vor der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche hat die kommunistische Partei den Ort der Demonstration gegen den Strafprozeß Hölz auf den Schloßplatz verlegt. Die kommunistische Arbeiterpartei dagegen ruft erneut in der „Roten Fahne“ zu Kundgebungen vor der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche auf.

Beabsichtigte Gründung eines proletarischen Selbstschutzbundes.

Berlin, 23. Juni. Drei Funktionäre der Breslauer Sozialdemokratischen Partei, Winger, Gstein und Rache, erließen einen Aufruf zur Gründung eines proletarischen Selbstschutzbundes. Der Aufruf bezeichnet als Zweck des proletarischen Selbstschutzbundes die Unterstützung der Reichsregierung und den Schutz der republikanischen Verfassung.

Auflösung des Berliner Wachregiments.

Berlin, 22. Juni. Wie wir erfahren, ist der von den Arbeitern geforderte Auflösung des Berliner Wachregiments stattgegeben worden. Der Befehl zur Auflösung ist erteilt worden.

Drageschpläne auch in Baden?

Berlin, 23. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Freiburg i. B. meldet, sind dort verschiedene ehemalige aktive Offiziere unter der Anlage des Hochverrats verhaftet worden. Sie sollen eine Organisation nach dem Muster der Dragesch beabsichtigen haben, die sich über ganz Baden erstrecken sollte.

Der heftige Ministerpräsident über die furchtbare Besatzung und Bedrückung des besetzten Gebiets.

Darmstadt, 23. Juni. Im heftigen Landtag erklärte der hiesige Staatspräsident Ulrich in Beantwortung einer Frage des volksparteilichen Abgeordneten Dingelberg wegen der Uebergriffe der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet, es sei richtig, daß seit etwa 1 Monat die Zahl der Besatzungstruppen wesentlich erhöht worden sei. Die Belastung, die die Bewohner dadurch erfahren, habe außerordentlich zugenommen. Die Truppenvermehrung hänge mit der Tatsache zusammen, daß entgegen der durch die Annahme des Ultimatus geschaffenen Rechtslage die Sanktionen noch fortbeständen. Die Regierung habe die furchtbaren Wirkungen, die die Sanktionen im besetzten Gebiet ausübten, wiederholt den zuständigen Berliner Stellen dargelegt und dringend um Abhilfe ersucht. Nach den letzten hierher gelangten Nachrichten könne man davon überzeugt sein, daß die Reichsregierung nichts unversucht lassen werde, um eine baldige Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Der Staatspräsident erklärte ferner es für zutreffend, daß die Uebergriffe einzelner Soldaten gegen Ehre, Leib und Gut unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet sich in den letzten Wochen auffallend vermehrt hätten. Es sei deshalb ein besonderer Auftragtrager zum Oberbefehlshaber gelangt worden. Der General habe erklärt, daß er mit den schärfsten Mitteln alle Disziplinwidrigkeiten verfolgen lasse. Alle Ausschreitungen würden genauestens untersucht und aufgeklärt werden. Die heftige Regierung habe bei der Reichsregierung beantragt, in allen schweren Fällen von der französischen Regierung ein angemessenes Geld zu fordern. Es sei zu hoffen, daß es gelingen werde, mit der Zeit in dieser Beziehung eine erfolgreiche Regelung zu erreichen.

Weitere Opfer des...
Berlin, 22. Juni. Die Bezugsbehörde unter ausgiebiger Besatzung...
Berlin, 22. Juni. Die Frage der...
Berlin, 21. Juni. tags behandelte die...
Berlin, 23. Juni. angesetzt aus Halle...
den Genuß unreifer St...

Aus C...

Johannstag...
der Sommer ins Land...
Jahre freuen! Tatsächl...
Dramatische der Zeit...
und diese und Garte...
Rachstum entgegen;...
schlags, die da und dort...
weg herabgemindert h...
Mangel im Miesbach...
ändern vermögen, daß...
und es somit Reichthum...
Sage in der Johannist...
Reichthum, dessen wir...
die ihn ernten dürfen...
Wucher und Hagler no...
verdrängen, aber demit...
das Bod des Deutschla...
samkeit, die Arbeit sind...
Inhalt nehmen, sondern...
dann, wenn wie uns...
über Genügsamkeit, Sp...
Kinderfindern wieder...
einzelnen also liegt es...
mit Liebe zu beschauen...
das Wege der Heim...
am Landwirt aber, der...
vermag, den Segen für...
nur solche Verwendung...
besser, der in der J...
stehenden Hände breitet...

Der evangelis...

gedenkt, wie man un...
am Sonntag, den 10...
Fresen an der Altbur...
die Mitwirkung des...

Der Ra...

Erzählun...
Ich verliere dich,
Zukunft sein; wir p...
Behauptung Frankfur...
uns halten, solange...
leicht noch acht Tage...
die österreichische Ar...
drückt. Auch im besten...
den Odenwald links...
Rückzüge zwingen wi...
Kleinufer nicht halten...
Glaub' mir's, Marcell...
Ich glaube dir's...
einer kurzen Waffent...
lehren? Und wenn i...
zu warten, ich, die s...
Lage des sich Fügens...
ich es habe lernen kö...
Frau Marcelline f...
Schmerz bewegt ihre...
„Hatten, auf unse...
wiedererleben, ich un...
streich hierher zurück...
Gerne, nach dem Ober...
„Das hängt ja doch...
„Und wenn auch, i...
wiedererleben werden.“
„Du zweifelst an d...
„Nein, nicht deshat...
zuge der Friede folg...
sind erschöpft; wir bed...
den Frieden; und un...

Das „Calwer Tagblatt“

setzt seine Bemühungen, an dem nationalen Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken, unermüdet und unentwegt fort, indem es versucht, durch eine unparteiische Berichterstattung und Stellungnahme zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen die gesellschaftlichen und sozialen Gegensätze so viel wie möglich zu überbrücken, zum mindesten aber ihrer Verschärfung nicht Vorschub zu leisten. Auf dem Gebiete der Russenpolitik betont es den streng nationalen Standpunkt der inneren Geschlossenheit und schärfster Kampfstellung gegenüber den offen oder versteckt fort-dauernden Bestrebungen unserer Feinde durch Vernichtung unseres Wirtschaftslebens auch unsere nationale Existenz zu untergraben.

Neben einer zuverlässigen, raschen, übersichtlichen und klaren Berichterstattung über alle inner- und ausserpolitischen Ereignisse und Stimmungen lässt sich das „Calwer Tagblatt“ auch eine eingehende Unterrichtung seines Leserkreises über die sonstigen wissenschaftlichen Vorkommnisse auf allen Gebieten argelegen sein. Namentlich widmet es seine Aufmerksamkeit auch den Verhältnissen unserer engeren Heimat und ganz besonders den Stadt und Bezirk interessierenden Fragen, über die die Bevölkerung stets unterrichtet wird. Auch der unterhaltende Teil der Zeitung ist durch wertvolle Beiträge bekannter Schriftsteller gut ausgestattet.

So ist das „Calwer Tagblatt“ bestrebt, allen gerechtfertigten Ansprüchen seines Leserkreises zu genügen, es hilft daher auch auf weitere Unterstützung seiner Bestrebungen.

Verlag und Schriftleitung.

Um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden, versäume man nicht die auf 1. Juli fällige Bezugserneuerung.

Jaunenhorst's Liebesspiel zu rechnen; aber auch die übrigen Kirchenhöre sind herzlich eingeladen, mit einem Lied sich zu beteiligen. Besonders dankenswert erachtete es, wenn sich die Kirchenhöre auf diesen Tag zu einem Massenschor vereinigen; es könnten wohl die in singenden Chöre zur Probe hinausgegeben werden u. der Chor am betreffenden Sonntag zu einer stündigen Probe um 12 Uhr zusammenzutreten. In andern Bezirken halten wiewohl die Kirchenhöre jährlich eine gemeinsame Tagung. Als lebender und gewonnener Pfarrer Schmidt-Altburg, Schimpf-Althengstett, Missionar Krenz-Effingen. Es ist nun die Aufgabe der Ortsgruppen, für rege Beteiligung an diesem Bezirksfest jetzt schon rühmig zu werden; es soll Ehrensache der evangelischen Bezirksgenossen sein, an diesem „Evangelischen Bezirksfest“ sich zu beteiligen und als den Sonntag, den 10. Juli, sich frei zu halten von andern Verpflichtungen und Veranstaltungen. Ganz besonders ist es auch eine Ehrensache unserer evangelischen Männerwelt, durch ihre Beteiligung an dem „Evangelischen Bezirksfest“ sich zu ihrer evangelischen Kirche zu bekennen, wie es in andern Bezirken in so erfreulicher Weise geschah. Durch solche gemeinsame Feiern erleben wir eine wohlthuende innere Stärkung und Erhebung, deren wir alle dringend bedürfen.

Nachahmenswerte Unterstützung der Auslandsdeutschen.

Auf dringendes Bitten des Vereins „Zusammenschluss“ in Graz, die von ihm dort gegründete Schule „Rothschülerhelm“, in welcher Kinder der aus den südslawischen Ländern vertriebenen Deutschen unentgeltlich oder gegen ganz geringe Entschädigung Aufnahme fin-

den, zu unterstützen, hat die Schulleitung der Spöhrer'schen Höheren Handelsschule bei dem Lehrerkollegium und den Schülern der Anstalt eine Sammlung veranstaltet, die den schönen Betrag von M. 1079.20 ergab, welche Summe an den Leiter der Schule, Herrn Professor Dr. Drauner in Graz, heute abging. Möchte die Erkenntnis der Notwendigkeit der Unterstützung aller Auslandsdeutschen überall festen Fuß fassen und gleich schöne Ergebnisse erzielen.

Zur Neugestaltung des Mittelschulwesens.

Der Württ. Mittelschullehrerverein hielt am Samstag in Stuttgart seine Hauptversammlung ab und beriet über die Neugestaltung des Mittelschulwesens in Württemberg. Nach einem Vortrag des ersten Vorsitzenden des Vereins, Rektor Wirtle-Efingen, wurde eine Entschliessung angenommen, die u. a. besagt: Die Mittelschulen zählen zu den mittleren Schulen nach Art. 146 der Reichsverfassung. Die ausgestaltete Mittelschule baut sich unmittelbar auf der Grundschule auf und umfasst mindestens 5 Jahrgänge. In ihr wird verbindlich Unterricht in einer Fremdsprache erteilt. Guten Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, auf der Oberstufe unverbündlich eine zweite Fremdsprache zu treiben. Abgeschlossene Mittelschulbildung ist die geeignetste Schulbildung für die mittleren Stellungen im Verwaltungsdienst des Staats und der Gemeinden. Sie berechtigt bei Mädchen-Mittelschulen auch zur Zulassung als Gewerbe- und Handwerkschullehrerinnen, Handarbeitslehrerinnen, Fürsorgelehrerinnen, Kindergärtnerinnen usw. Die Mittelschulen sind der Oberschulbehörde unmittelbar zu unterstellen. In diese ist ein besonderer Referent für Mittelschulfragen aufzunehmen. — Die Vertreter des etwa 1700 Mitglieder zählenden Elternvereins der Mittelschulen Stuttgart gaben ihre volle Zustimmung zu dieser Entschliessung.

Kleinwohnungen sind einkommensteuerfrei.

In diesen Kreisen ist, so schreibt die „Württ. Industrie“, noch wenig bekannt, daß nach der Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. März 1921 die Beträge, die zur Errichtung von Kleinwohnungen verbraucht werden, von dem Steuerpflichtigen bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in ihrem ganzen Umfang in Abzug gebracht werden dürfen. Hierunter fallen alle Ausgaben für den Neubau eigener Kleinwohnungen in den Jahren von 1920 bis 1923, sofern die Verwendung der Bauten als Kleinwohnungen mindestens 15 Jahre lang gesichert ist, und alle Beträge, die der Steuerpflichtige in den Jahren 1920—1923 gemeinnützigen Vereinen und Gesellschaften zuwendet, die ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaus bezwecken.

Verordnung über das Tragen von Dienstkleidern.

Das Staatsministerium hat eine Verordnung über die Dienstkleider der Beamten erlassen. Die Verpflichtung zum Tragen von Dienstkleidern im Dienst beschränkt sich künftig auf das Aufsichtspersonal der Ministerien, der Kollegialgerichte, der Amtsgerichte Stuttgart-Stadt und Amt, das Aufsichtspersonal des Landesgewerbetreibendenvereins, der Kronratsverwaltung, der Apanageverwaltung und der Badverwaltung Württemberg, das Aufsichtspersonal der gerichtlichen Gefängnisse und Strafanstalten, die Landräte, Forstwirte und Förster und das Pflegepersonal der staatlichen Heilanstalten. Für die höheren Forstbeamten bleibt es bei der bisherigen Regelung.

Betriebsratswahlen des Post- und Telegraphenpersonals.

Bei den Betriebsratswahlen des Post- und Telegraphenpersonals in Württemberg entfielen 84 Stimm auf den Deutschen Verkehrsband und 16 Stimm auf den Württ. Postverband, jetzt Postgewerkschaft.

Schweinemärkte.

Dem Schweinemarkt in Ulm waren 194 Milchschweine zugeführt. Der Handel gestaltete sich lebhaft, die Preise blieben auf der bisherigen Höhe. Milchschweine kosteten 350—430 M. pro Stück. — Zu Riedlingen betrug die Zufuhr 215 Milchschweine, Preis pro Stück 330—470 M., 4 Käufer 1000—1200 M., 2 Mutterchweine 2200—2800 M. Zufuhr schwach, Handel lebhaft. — Dem Schweinemarkt in Waiblingen wurden 240 Milchschweine zugeführt. Preise für 1 Paar Milchschweine 600—1000 M. Verkauf wurden 200 St. Zufuhr stark, Handel sehr lebhaft.

Weitere Opfer des Schlagwetterunglücks in Herne. Herne, 22. Juni. Auf der Zeche „Mont Cenis“ hat heute die Bergbehörde unter Hinzuziehung des Betriebsrats weitere die Bergbehörde Befragungen der Grube vorgenommen, die von 7 1/2 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags dauerten. Auch diese Befragung und die nachfolgende eingehende Besprechung hat eine Aufklärung der Ursachen des Unglücks nicht ergeben. Der Vorstand des Altten Bergarbeiterverbandes bekräftigte, daß eine Konferenz mit dem Betriebsrat gleichfalls keine Aufklärung über die Ursachen der Explosion gebracht hat.

Die Frage der religiösen Kindererziehung. Berlin, 21. Juni. Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte die Frage der religiösen Kindererziehung. Nach dem vereinigten Antrag von Dr. Kahl (D.B.P.) und Dr. Mader (Soz.) soll über die religiöse Erziehung der Kinder eine Einigung der Eltern bestimmen. Nach der Vollendung des 14. Lebensjahres soll dem Kinde darüber Selbstentscheidung zustehen, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Der Grundgedanke des Antrags wurde vom Ausschuss gebilligt.

Aktion vor dem Genuß unreifen Obstes.

Berlin, 23. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Volkanzeiger“ aus Halle sind in Kirchberg bei Gera vier Kinder nach dem Genuß unreifer Stachelbeeren gestorben.

Aus Stadt und Land. Calw, den 23. Juni 1921.

Sonnentag.

Johannistag... vor wenigen Tagen zog — kaltenmäßig — der Sommer ins Land und die Natur darf sich des längsten Tages im Jahre freuen! Tatsächlich freuen! Denn blicken wir, aller Not und Drangsale der Zeit zum Trotz, ins weite Land, lachen uns über und Weite und Garten, Obsthain und Weinberg in gefegnetem Wachstum entgegen; ungeachtet rauhen Frostes oder grimmen Hagelstürme, die da und dort bedauerlicherweise manche schöne Erntehoffnung herabgemindert haben. Im allgemeinen wird aber doch ein Mangel an Regenhaushalt der Natur nicht an der Tatsache zu ändern vermögen, daß uns der Frühling ein guter Herr gewesen und es somit Reichtum ist, den der Herrgott, nach alter schöner Sage in der Johannistnacht durch die Fluren wandelnd, segnen darf. Reichtum, dessen wir uns aber auch würdig erweisen wollen. Die, die ihn ernten dürfen, durch gelegentliches Sicherhalten daran, daß Wasser und Hagel nur noch keinem zum Segen genorden; die, die ihn verbrauchen, aber damit, daß sie sich immer vor Augen halten, daß das Brot des Deutschland von heute die Genügsamkeit, die Sparsamkeit, die Arbeit sind. Werte, die keineswegs dem Leben seinen Inhalt nehmen, sondern ihm den Inhalt erst geben, ganz besonders dann, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß nur auf dem Wege über Genügsamkeit, Sparsamkeit und Arbeit unsere Kinder und Kindeskindestern wieder bessere Zeiten kommen können. In jedem einzelnen also liegt es, beim Wandern durch die sommerliche Natur mit Weite zu beschauen und durch eigene Arbeit dafür zu sorgen, daß die Wege der Heimat und die des Landwirts aufwärts führen, am Landwirt aber, der Heimatsholle abzurufen, was sie zu geben vermag, den Segen für die Allgemeinheit zu verwenden. Denn nur solche Verwendung, nicht die Habgier, ist im Sinne und Geiste dessen, der in der Johannistnacht ungesehen über die Scholle die segnenden Hände breitet.

Der evangelische Volksbund Bezirk Calw

gedenkt, wie man uns mitteilt, sein heuriges Bezirksfest am Sonntag, den 10. Juli, mittags 12 Uhr, womöglich im Freien an der Altbürger Straße zu halten. Es ist dabei auf die Mitwirkung des Kirchengesangsvereins Calw und des Po-

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schüking.

„Ich verfluche dich, Marcelline,“ sagte er, „darüber kann keine Täuschung sein; wir sind vollständig geschlagen, so daß an eine Behauptung Franzfurts gar nicht mehr zu denken ist; wir werden uns halten, solange wir können, vielleicht noch vierzehn, vielleicht noch acht Tage, es hängt bloß von der Energie ab, womit die österreichische Armee ihre Siege ausbeutet und auf uns verläßt. Auch im besten Falle, wenn der Erzherzog sich jetzt durch den Oberwald hinaus werfen und Moreaus Rheinarmee zum Rückzuge zwingen würde, auch dann könnten wir das rechte Rheinjäger nicht halten und müßten zurück, zurück nach Frankreich.“

„Ich glaube dir's ja, aber bedarf's denn etwas anderen als einer kurzen Waffenruhe für euch, um bald siegreich zurückzu-kehren? Und wenn ich mich nun in das Schicksal fügen will, zu warten, ich, die so lange Jahre diese ungelte martervolle Lage des sich Fügens und Hartens habe aushalten müssen, daß ich es habe lernen können?“

„Frau Marcelline sprach dies mit einem tiefen Seufzer und schmerzhaft ihre Finger zusammenpressend.“

„Hören, auf unsere Wiederkehr? Weißt du, ob, wenn wir siegreich hierher zurückkehren? Ob ich nicht längst dann in weite Ferne, nach dem Oberrhein, nach Italien gelangt sein werde?“

„Das hängt ja doch von dir ab.“

„Und wenn auch, ich sehe nun im voraus, daß wir gar nicht wiederkehren werden.“

„Du zweifelst an dem Siege eurer eigenen Waffen?“

„Nein, nicht deshalb. Ich sehe nur voraus, daß diesem Feldzuge der Friede folgen wird. Das ist unausbleiblich. Wir sind erschöpft; wir bedürfen des Friedens; das Direktorium will den Frieden; und unsere Feinde? Trotz ihrer jetzigen Erfolge

bedürfen sie seiner weit mehr noch als wir. Verlassen von Preußen, können sie es gar nicht auf einen weitem Krieg im folgenden Jahre antommen lassen. Dieser Winter bringt uns den Frieden, so gewiß ich diese Hand ausstrecke, und deshalb, Marcelline, fasse Mut, sei groß und stark und entschlicke dich!“

„Ich kann nicht!“ wehrte sie leise. „Es ist unmöglich!“

„Unmöglich! Das Wort ist so leicht bei der Hand, wenn der Mut und der Wille fehlen!“

„Aber mein Gott, du selbst kannst doch nicht so verblendet sein, nicht einzusehen, daß ich nicht den furchtbaren Schimpf, die Schande, die Verdamnung aller Menschen auf mich laden, daß ich nicht meinen Mann in Verzweiflung stürzen und, auf nichts anderes als die Stimme der Leidenschaft hörend, dir blindlings nachfolgen kann, wohin du mich führst!“

„Nicht? Das könntest du nicht?“ antwortete Duvoignot bitter. „Die Urteile der Menschen, die Rücksicht auf deinen Mann sind dir wichtiger als mein Glück, mein Leben, mein ganzes Dasein, das ohne dich vernichtet ist?“

„O mein Gott, Etienne, du weißt, wie ich dich liebe!“

„Liebe — eine Liebe ohne Vertrauen! Du vertraust mir dein Los nicht an, du willst dich nicht von mir führen lassen, du —“

„Wie ungerecht du bist, mir so bitter vorzuwerfen, daß ich nicht taub und blind für alles bin! Wäre ich achtzehn Jahre, so könnte ich es sein, jetzt kann ich es nicht mehr. Die Folgen einer solchen verbrecherischen Tat stehen nun einmal vor meinen Augen, und ich kann, ich kann nicht!“

„Freilich, du handeltest ja auch sehr töricht! Die reiche Patrizierfrau, die sorglos im Wohlleben, in allem Luxus, der sie umgibt, von Huldigungen umringt, hier ihre glückliche Existenz weiter führen kann, wird nicht so wahrhaftig sein, ihr Los an das wechselläufige, ungelte Leben eines armen Gläubersoldaten zu setzen!“

„Das sind Worte, die der Zorn aus dir spricht, Etienne, und

ich brauche deshalb nicht darauf zu antworten, ich bin zu stolz dazu!“

„Zu stolz, da siegt's! Du bist zu stolz, Marcelline, um wahrhaft leben zu können. Die Liebe ist demütigt! Was sieht sie der Menschen Urteil an und ob es sie hoch oder niedrig stellt? Sie hört nur auf die eine Stimme, auf die des Herzens — Marcelline, ich bitte, ich flehe dich an, hör auf sie, ich will es, ich verlange es von dir, ich kann es fordern, denn du bist mein Weib, mein durch die heiligsten Bande an mich gekettetes Weib! Was hat die inhaltslose Form zu bedeuten, dieser Priestersegen, der dich mit einem alten u. geliebten Manne verbunden hat? Uns hat das Herz, hat die Natur mit heiligern Banden verbunden, und das lebende Zeugnis dieses Bundes, wenn es nun vor dich träte und zu dir spräche: Verlaß, verlaß meinen Vater nicht, denn —“

„Ich bitte, o ich bitte dich, Etienne, rede nicht weiter!“ sprach das gepeinigete Weib, ihre Hände vor das Gesicht schlagend.

„Weshalb soll ich nicht weiter reden,“ eiferte Duvoignot, „weshalb, da du mich selb verlassen willst, nicht alles dir ins Gedächtnis rufen, was uns für ewig zusammenkettet?“

„Woll ich denn das Band zerreißen?“ rief Marcelline aus geängstem Herzen aus. „Aber wie soll ich dir folgen? Wie ist es möglich? Wohin? Zu wem? Wen hast du auf Erden, zu dem du mich bringen könntest? Hast du einen Kreis, in dem ich, stolz darauf, die deine zu sein, geschützt, geachtet und geehrt meine Tage zubringen könnte, wenn du nicht da, wenn du nicht daheim, sondern wenn du auf Monate, Jahre hinaus im Felde sein wirst? Und wenn du fällst, du mit deinem rücksichtslosen Drang, der Gefahr zu trotzen, deiner Berwegenheit, deinem Ruhmdurst, all dem Feuer, das einen Soldaten nicht zu Jahren kommen läßt — wohin dann mit mir verlassenem, entbehrtem, schmähbedecktem Geschöpf?“

(Fortsetzung folgt.)

**Hauptversammlung
des württ. Schwarzwaldvereins.**

Nach der Weihe einer Ehrentafel für die gefallenen Mitglieder des Schneeschuhvereins fand am Sonntag vormittag die Hauptversammlung des württ. Schwarzwaldvereins in Freudenstadt statt unter Leitung des stellv. Vorsitzenden, Notar Räder-Stuttgart. Als Gäste waren Prof. Nägele-Lüdingen vom Schwäb. Albverein, Fabrikant Kaufmann-Löbe vom Bad. Schwarzwaldverein und die benachbarten badischen Sektionen anwesend. Neue Bezirksvereine sind in Balesbronn, Schönminzsch und Willbad entstanden. Forstmeister Kienle-Freudenstadt wurde wegen seiner Verdienste um die Wegebezeichnung zum Ehrenmitglied ernannt. Der Kassenbericht für 1920 zeigte einen Ueberschuß von 9220 M. Für Wegebezeichnungen sind 40-50 000 M. vorgesehen. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 10 M. erhöht. Die nächste Hauptversammlung soll 1922 in Luttlingen stattfinden. Der Schriftleiter der Vereinszeitschrift, Professor Schaumann, wurde zum stellv. Vereinsvorsitzenden gewählt.

(S.W.) Stuttgart, 22. Juni. Die hiesige Stadtverwaltung hat rund 1000 Familienwohnungen in den letzten beiden Jahren erstellt und dafür 44 Millionen Mark aufgewendet. Das aufgewendete Baukapital wird bei den heutigen Mieten mit 0,7 Prozent jährlich verzinst, während die Stadt selbst den Gläubigern 4,5 Prozent bezahlen muß. Die Mietseinnahme aus

diesen städtischen Wohnungen beträgt 720 000 Mark, wovon 400 000 Mark für Mieten- und Anstoßgebühren aller Art abgehen. Die Stadtverwaltung hat dem Gemeinderat eine Erhöhung der Mieten zwischen 10 und 30 Prozent vorgeschlagen.

**Traget Euer Scherflein bei
zur Linderung der Not in
Oberschlesien!**

**Bedenket stets, daß keine
plündernde Horden durch
Euer Besitztum streifen!**

Der Gemeinderat wurde sich jedoch noch nicht schlüssig, da Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten die Vorlage ablehnten.

(S.W.) Stuttgart, 21. Juni. Dem Dienstagmarkt am

hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 45 Ochsen, 15 Bullen, 208 Jungbullen, 100 Jungriinder, 204 Kühe, 351 Kälber und 270 Schafe. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden erzielt: Ochsen 1. Qual. 690-750 M., 2. Qual. 550-650 M., Bullen 1. Qual. 580-640 M., 2. Qual. 480-570 M., Jungriinder 1. Qual. 620-700 Mark, 2. Qual. 550-660 M., Kühe 1. Qual. 550-660 M., 2. Qual. 350-500 M., 3. Qual. 220-340 M., Kälber 1. Qual. 770-830 M., 2. Qual. 670-750 M., 3. Qual. 600-660 M., Schweine 1. Qual. 1080-1120 M., 2. Qual. 1000-1050 M., 3. Qual. 880-980 M. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

(S.W.) Mümdelshelm, 22. Juni. Am Tage des Sommerbeginns wurde hier die erste Wintergerste eingeführt, gut ausgefällt mit schweren Kolben.

(S.W.) Wehingen, 22. Juni. Fabrikant Karl Ungerer von der Firma R. Schein wurde nachts bei der Ludwigshöhe in seinem umgestützten Auto tot aufgefunden. Man nimmt an, daß der Unglückliche durch einen verhängnisvollen Zufall die Herrschaft über seinen Wagen verloren hat. Die Untersuchung des Autos hat keinen Fehler feststellen lassen.

Matmäßliches Wetter am Freitag und Samstag.
Der Hochdruck kommt näher. Am Donnerstag und Freitag ist ein Fortschreiten der Aufheiterung und Erwärmung zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.



Nr. 144.

Verordnung...

Die Entente und...

Die Pläne des...

London, 23. Juni.

Die Entente und...

London, 23. Juni.

Calw, den 23. Juni 1921.
Die Beerbigung
von
**Frau
Wilhelmine Dollinger**
geb. Widmann
findet nicht heute Nachmittag 4 Uhr sondern
schon um 3 Uhr statt.

! Schwerhörige!
Samstag, den 25. Juni 1921,
finden vormittags von 1/2 11 Uhr
bis abends 7 Uhr
in Calw
Hotel „Abler“, Bahnhofstr. 414.
Vorführungen
mit praktischer Ausprobe des
bei allen Graden von Schwer-
hörigkeit tadellos bewährten
„Aulus“-Hörapparates
statt. Glanz. Anerkennungen Schwerhöriger.
Erfahrungsbatterien für alle Hörapparate lieferbar.
Großvertr.: Th. Bopp, Stuttgart.
Alte Weinsteige 16. — Fernruf 12050.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

Altensteig.
Von täglich frisch eintreffenden Sendungen
empfehle
la 20 % fette

**Algäuer-, Limburger- und
Stangen-Käse**
la schön gelochten
Schweizer-Käse
vollfette **Silfiter Käse**
bayr. **Kräuterkäse**
ffte. Algäuer-Tafelbutter
in 1 Pfund-Stücken.
Chr. Burghard junior.

**Reichsbund
der Kriegsbeschädigten,
Kriegsteilnehmer und
Kriegerhinterbliebenen
Ortsgruppe Calw.**
Monatsversammlung
am Samstag, den 25. ds.
Mts., abends 8 Uhr bei
Mitglied Schwämmle im
Gasthaus zum „Dösch“.
G. Bayer, Verf.

**Ganz-
Schnittbohnen**
1 Pfund 40 Pfg.
sowelt Vorrat empfiehlt
Spar- u. Consumvereine.
In kleinem Billenhaushalt
findet gesundes, kernreudig.
Mädchen
gute wirtschaftliche Ausbildg.
bei freundlicher Behandlung.
Frau Direktor Schroeder
Durlach, Uhlandstraße 10.

Hausindustrie
als Haupt- oder Nebenerwerb.
Erfordert Kapital 450 Mk.
mit Maschine u. Rohmaterial.
Serielle Ware wird zurückge-
nommen. Verlangen Sie Ver-
treterbesuch. Rückporto be-
legen. Offerten unter P. D.
159 an Ala-Haasenstein &
Vogler, Pforzheim.
Verkauf am Freitag, den
24. ds. Mts., morgens 8
Uhr auf meiner Wiese bei
der Oberkollwanger Säg-
mühle das

**Heu- u. Dehnd-
Gras.**
Liebhaber sind eingeladen.
M. Schabbe,
Breitenberg.

Gluckhenne
mit 11 Jungen
verkauft.
Mühle, Calw,
Panoramastraße.
Mehrere Wagen guten
Garten-Boden
gibt sofort ab.
Schühle, Vorstadt.

**1,9 Indische
Laufenten**
verkauft
Café Wurster, Calw.

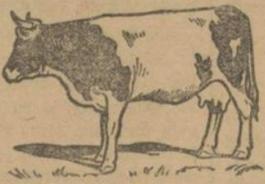
Grosses **Aufsehen** erregt
das neue Modell der
Torpedoschreibmaschine
Unübertroffen in Leistung und Ausführung!
Ein Meisterwerk deutscher Technik!
Prospekt, Vorführung und sofortige Lieferung zu
Originalfabrikpreisen durch den Alleinvertrere
für den Schwarzwald
Louis Schleh, Büro-Freudenstadt.
Telefon Nr. 27. — Lieferant erster Firmen.

Achtung!
Schuhwaren aller Art
Stärke und auch Feine
Und dazu het Geld erspart
Wer bei mir kauft ein.
Karl Stoll, Schuhmachermeister, Haggasse.

**Bestellungen auf
Früh-Kartoffeln**
in jedem Quantum, nehmen wir jetzt
schon entgegen.
Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach Tel. 2
Kartoffelgroßhandlung.
Wir empfehlen auch unsere
la Haferschalen-Melasse.

Freitag, den 24. d. M. (Johannes-
Feiertag), von vormittags 7 Uhr ab,
stehen in unserer Stallung
in Calw
im Gasthaus zum „Löwen“ ein sehr
großer Transport

**erstklassiger schwerer hoch-
trächtiger Ralbinnen, trächtige
Rühe, junge Milch-Rühe und
Rälberkühe**
zum Verkauf.
Kauf- u. Tausch-
liebhaber laden
freundlichst ein



**Rubin Salomon
und Max Löwengart.**
Unter diesem Transport befindet sich
eine große Auswahl schwerer, hochträcht.
Algäuer-Ralbinnen.

Hirsau.
Samstag, den 25. ds. Mts., abends
1/2 8-10 Uhr (bei günstiger Witterung)
Konzert
in den Kuranlagen
durch die
Feuerwehrkapelle Dillweizenstein.
Eintritt für Erwachsene 2 Mk., Kinder unter 14
Jahren 1 Mk., Inhab. v. Kurtaxkarten je die Hälfte.

**Zahnpraxis
Luibrand.**
Sprechstunden:
von 9-1 Uhr
und 2-6 Uhr
**Behandlung von Kranken-
kassenmitgliedern.**

Nochmaliger Verkauf.
Morgen Freitag, (Johannisfeiertag) von vormit-
tags 9 Uhr an verkaufe ich im Hause der Frau Schreiner Schöps
in der Vorstadt gegen Barzahlung:
3 Bettladen mit Rösste, 1 Stuhl und 1
Nachtischle, 1 Stühle, 1 Sofa, 1 Küch-
kasten, 1 Schmel, 1 Gaslampe, Kü-
chengehirr, sowie allgem. Hausrat.
Liebhaber sind eingeladen.
Stadlinventierer Koll.

Fahrnis-Versteigerung.
Wegen Abreise, verkaufe ich im Auftrag am Freitag,
den 24. Juni, nachmittags 2 Uhr im Steinbruch bei der
Walmühle gegen Barzahlung:
4 Bettladen teils mit Rösste und Stroh-
säcke, 3 Oberbetten, 2 Haipfel und 1
Kissen, 1 Lack. Kommode, 1 Kleider- u.
1 Küchenschrank, 1 Eßtisch, 1 schöne
Bank, Sofa, 1 Küchentisch, Küchenge-
schirr, 1 Kinderwagen, Porträt, 2
Schlitten und Sonstiges.
Liebhaber sind eingeladen.
Stadlinventierer Koll.